

## Der vergessene Konflikt

Autor: Andreas Steininger<sup>1</sup>

Stand: 2.12.2015

Sprachen noch vor knapp sechs Monaten alle über den Ukraine Konflikt, so ist dieser durch Flüchtlingskrise, Terror in Paris und Syrien Konflikt aus den Schlagzeilen der Tagespresse gewichen. Die Erkenntnis ist banal, Politik ist ein schnelllebiges Geschäft. Eingehende Analyse, Kontinuität und Nachhaltigkeit ist der Wissenschaft vorbehalten.

### A. Status quo beibehalten – Punktsieg für Russland

Wenn man nun das Verhältnis zu Russland und den Ukraine Konflikt mit objektiven Augen betrachtet, so haben sich in diesem Bereich kaum Fortschritte ergeben. Die Sanktionen gegen Russland werden voraussichtlich im Januar 2016 durch die europäische Kommission nicht aufgehoben, eine Lösung der Statusfrage der Ostukraine ist nicht einmal in Ansätzen erkennbar und auch eine innere Reformierung der Ukraine scheint nach Einsetzen des Reformprozesses vor einem Jahr<sup>2</sup> in weiter Ferne.

Einzig Russland kann einen gewissen Punktsieg für sich geltend machen: mit dem Einsatz in Syrien und auch mit den Gesprächen zwischen westlichen Staatenlenkern und Putin auf dem G 20 Gipfel in Antalya und vor allem nach den Anschlägen von Paris hat Russland gezeigt, dass es eben nicht – wie von Obama beschrieben – eine Regionalmacht ist, sondern zumindest militärisch und sicherheitspolitisch auf höchster Ebene mitspielt.

### B. Neuer KSZE Prozess?

Fraglich ist allerdings, ob aus dem genannten Punktsieg eine Annäherung zwischen dem Westen und Russland oder gar eine neue Sicherheitsstruktur für Europa abgeleitet werden kann.

---

Zitierweise: Steininger, A., Der vergessene Konflikt, O/L-3-2015,

[http://www.ostinstitut.de/documents/Steininger\\_Der\\_vergessene\\_Konflikt\\_OL\\_3\\_2015.pdf](http://www.ostinstitut.de/documents/Steininger_Der_vergessene_Konflikt_OL_3_2015.pdf).

<sup>1</sup> Prof. Dr. Andreas Steininger ist geschäftsführendes Mitglied des Ostinstituts Wismar.

<sup>2</sup> siehe hierzu Schramm, H.-J., Reformen in der Ukraine: Fortschrittsbericht, O/L-3-2015,

[http://www.ostinstitut.de/documents/Schramm\\_Reformen\\_in\\_der\\_Ukraine\\_Fortschrittsbericht\\_OL\\_3\\_2015.pdf](http://www.ostinstitut.de/documents/Schramm_Reformen_in_der_Ukraine_Fortschrittsbericht_OL_3_2015.pdf).

Letztere wäre absolut notwendig. Denn die gegenwärtige Sicherheitsstruktur, welche im wesentlichen auf der Schlussakte von Helsinki 1974 beruht und zuletzt im Budapester Vertrag von 1994 angepasst wurde, spiegelt kaum mehr die gegenwärtigen politischen Verhältnisse wieder. Die NATO hat sich unbestreitbar in den Osten Europas ausgedehnt, Russland steht – trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten – nicht mehr in 1994 vor dem wirtschaftlichen Kollaps, sondern hat vielmehr eine gewisse politische Machtposition zurückerobert. Und weitere Staaten drängen in Richtung EU und gegebenenfalls NATO, was das Beispiel Montenegros zeigt.

Sicher, auf die Idee einen neuen KSZE Prozess in Gang zu setzen, sind schon andere gekommen. Wie problematisch allerdings dieses Ansinnen ist, zeigt der letzte Petersburger Dialog, der am 23. Oktober in Potsdam stattfand. In seiner Begrüßungsrede sagte der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz Herr Ischinger, dass die Voraussetzungen für die Verhandlungen über einen neuen KSZE Prozess darin bestehe, das Selbstbestimmungsrecht aller Völker zu achten und somit die Mitgliedschaft in EU oder gar NATO nicht von vorneherein kategorisch auszuschließen.<sup>3</sup> Dies wiederum lehnt Russland ohne jede Umschweife ab. Bevor überhaupt irgendwelche Gespräche über eine neue Sicherheitsstruktur in Europa beginnen, will man im Kreml die Garantie, dass die NATO nicht auf weitere GUS Staaten (also Staaten der ehemaligen Sowjetunion) erweitert wird.<sup>4</sup> Hier prallen das „Denken in Einflusssphären“ und „das Recht eines jeden Landes, über seine Mitgliedschaften in welchem Verbund auch immer zu entscheiden“ unvermittelbar aufeinander.

Ferner ist auch die Lösung der Krim-Frage nicht einmal in Ansätzen ersichtlich. Russland wird die Krim nicht wieder hergeben, der Westen wird auf den Völkerrechtsbruch verweisen, sodass Kompromisslösungen (so etwa nach dem Vorbild Zyperns) nur schwer vorstellbar sind.

Durch diese gegensätzlichen Positionen kommt es gar nicht erst zu Verhandlungen über eine neue Sicherheitsstruktur. Irgendwann wird irgendjemand nachgeben müssen.

## **C. Kein Fortschritt in der Ukraine**

Auch beim Zankapfel Ukraine selber hat sich kaum etwas bewegt.

### **I. Flut von Gesetzen ohne Wirkung**

Seit Ende des Jahres 2014 ist eine wahre Flut von Erlassen und Gesetzen, welche die Ukraine reformieren sollen, durch die Rada gepeitscht worden. Diese Gesetze umfassen so gut wie alle Rechtsbereiche, beginnend beim öffentlichen Recht (Polizeirecht, Ordnungsrecht), über die

---

<sup>3</sup> [http://www.petersburger-dialog.de/files/festrede\\_wolfganischinger\\_22.10.2015.pdf](http://www.petersburger-dialog.de/files/festrede_wolfganischinger_22.10.2015.pdf)

<sup>4</sup> <http://ria.ru/analytics/20140910/1023525029.html>; <https://meduza.io/feature/2014/12/26/pridetsya-nayti-alternativy-rasshireniyu>.

Staatsanwaltschaft und das Strafrecht bis hin zum Wirtschaftsrecht.<sup>5</sup> Das Problem besteht jedoch darin, dass alle diese Gesetze nicht umgesetzt werden. Die Korruption blüht und gedeiht, was man unter anderem daran erkennen kann, dass sich die Ukraine weiterhin fest in der Hand der Oligarchie befindet, die auch in der Rada ihre Vertreter strategisch gut verteilt haben.<sup>6</sup> Beispiel hierfür ist gar der Staatspräsident Petro Poroschenko, der bei Amtsantritt versprach, seine lukrativen Geschäfte zumindest für die Zeit seiner Präsidentschaft ruhen zu lassen, der aber mittlerweile mit diesen sogar seinen Gewinn vergrößern konnte.<sup>7</sup>

## II. Große Finanzhilfen bei gleichzeitigem Druck des Westens auf die Ukraine

Abgesehen von Solidaritätsbekundungen für die ukrainische Regierung hat sich der Westen bislang faktisch nur wenig in die ukrainische Politik eingemischt. Die Europäische Union hat rund 1,8 Milliarden Euro überwiesen, die vor allem für die Energieversorgung verwandt wurden.<sup>8</sup> Ferner hat der IWF rund 17,5 Milliarden Euro bis Ende 2020 in Aussicht gestellt<sup>9</sup>, war angesichts der wirtschaftlichen Situation der Ukraine eigentlich nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Ansonsten begnügt man sich damit, der ukrainischen Regierung den Rücken zu stärken, was wiederum im Hinblick auf die Verstrickung der Mitglieder der ukrainischen Führung (so auch bei Jazenjuk oder Poroschenko) eine zweifelhafte und vor allem wenig glaubwürdige Strategie ist.

Notwendig wäre, dass zumindest die europäische Union in Abstimmung mit dem IWF umfangreiche Finanzhilfen gewährt, die allerdings unter der Oberaufsicht einer europäischen Behörde in der Ukraine eingesetzt werden müssten. Gleichzeitig müsste klargestellt werden, dass die Hilfen sofort eingestellt werden, falls sie intransparent verwandt werden. Dies würde sicherlich einen Eingriff in die staatliche Souveränität der Ukraine darstellen, vielleicht aber auch dazu führen, echte Reformprozesse einzuleiten.

Sicherlich ist es kaum möglich, die Ukraine gegen die Oligarchie zu reformieren. Vielmehr muss man diese mit ins Boot holen, ihren Einfluss jedoch langsam eindämmen.

Ein Wille des Westens, solche Maßnahmen zu ergreifen, ist allerdings nicht ersichtlich.

---

<sup>5</sup> siehe zum gegenwärtigen Reformprogramm Schramm, H.-J., Reformen in der Ukraine: Fortschrittsbericht, O/L-3-2015, [http://www.ostinstitut.de/documents/Schramm\\_Reformen\\_in\\_der\\_Ukraine\\_Fortschrittsbericht\\_OL\\_3\\_2015.pdf](http://www.ostinstitut.de/documents/Schramm_Reformen_in_der_Ukraine_Fortschrittsbericht_OL_3_2015.pdf).

<sup>6</sup> Iryna Solonenko, Staat und Oligarchen: ein neuer Gesellschaftsvertrag? Deutsche Beratergruppe Ukraine, Ausgabe 83, September 2015; [http://www.bbc.com/russian/business/2015/03/150327\\_oligarch\\_ukraine\\_map](http://www.bbc.com/russian/business/2015/03/150327_oligarch_ukraine_map).

<sup>7</sup> [http://www.bbc.com/russian/international/2015/05/150526\\_poroshenko\\_year\\_in\\_business](http://www.bbc.com/russian/international/2015/05/150526_poroshenko_year_in_business).

<sup>8</sup> [http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/13340\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13340_de.htm).

<sup>9</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ukraine-iwf-gibt-hilfskredite-frei-a-1023057.html>.

### III. Russlands zweifelhafte Position

Aber auch Russland macht nicht gerade eine gute Figur in der Ukraine-Frage. In den letzten Monaten ist immer deutlicher geworden, dass Russland seine außenpolitische Priorität nunmehr darin sieht, in Syrien mitzumischen, als sich in der Ukraine bzw. Ost-Ukraine zu engagieren. Es wird immer deutlicher, dass Russlands gar nicht den Willen hat, die Ost-Ukraine zu annektieren, wahrscheinlich auch aus wirtschaftlichen Gründen, da dies mit einem erheblichen finanziellen Risiko verbunden wäre.

Vielmehr möchte man sich einen Fuß in der Türe bei der ukrainischen Regierung in Kiew halten, quasi ein Mitspracherecht mit der verhaltenen Drohung, den Ukrainer Konflikt jederzeit wieder aufleben lassen zu können. Eine echte Strategie ergibt sich hieraus jedoch nicht. Auch für Russland bleibt die Frage ungelöst und damit auch mit einem ständigen außenpolitischen Risiko verknüpft.

Wenig beachtet wird auch die Tatsache, dass sich die ukrainische und die russische Bevölkerung eigentlich nahe stehen, dass die russische Politik aber durch ihre Uneindeutigkeit zurzeit dazu geeignet ist, es sich mit der ukrainischen Bevölkerung zu verscherzen und tatsächlich Gräben aufzureißen.

### D. Westen mit sich selbst beschäftigt

Derzeit ist der Westen auf sich selber fokussiert. Flüchtlingskrise und Terrorakte dominieren das öffentliche Denken, bei den mit Russland befassten Organisationen sind zurzeit gravierende Umstrukturierungsmaßnahmen im Gange.

So hat beim Ostausschuss der deutschen Wirtschaft nicht nur der Vorsitz gewechselt, auch der Geschäftsführer mit langjähriger Erfahrung hat sein Amt niedergelegt und wechselt in die Wirtschaft. Somit muss sich die wichtigste Vertretung der Interessen der Deutschen Wirtschaft erst einmal wieder selbst finden.

Der Petersburger Dialog wird ebenfalls von deutscher Seite zurzeit umstrukturiert, in dem neue Mitglieder aufgenommen werden, welche diesem eine neue Richtung geben sollen. Allerdings wurde das Verfahren der Aufnahme neuer Mitglieder erst kürzlich vom 24. November 2015 auf das Frühjahr 2016 vertagt, so dass man sich auch hier zunächst nur auf die eigene Ausrichtung konzentriert.

Der Osteuropa Verein der deutschen Wirtschaft befasst sich in seiner Hauptversammlung am 2. November nur noch marginal mit Russland.<sup>10</sup>

Und obwohl die Sanktionen gegen Weißrussland aufgehoben wurden,<sup>11</sup> scheint es keine Anzeichen zu geben, dass die Sanktionen gegen Russland im Januar 2016 aufgehoben werden könnten. Derweil manifestiert sich langsam die Abkehr Russlands von westlichen Industrien hinzu chinesischen Zulieferern oder sonstigen Alternativen, womit insgesamt eine Entfremdung verbunden ist.

Es ist wie eine Krankheit, die man nicht auskuriert hat und langsam aber sicher verschleppt und welche damit immer gravierender wird.

Auch scheint sich auf den Führungsebenen der Republik zurzeit keiner wirklich dafür zu interessieren oder stark zu machen. Nur diejenigen, welche diese Fragen wirklich interessieren, scheinen über Lösungsmodelle nachzudenken: die Wirtschaft. Es wird Zeit, dass die Wirtschaft über ihre Verbände die Initiative ergreift.

©Ostinstitut Wismar, 2015  
Alle Rechte vorbehalten  
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:  
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,  
Dimitri Olejnik,  
Dr. Hans-Joachim Schramm  
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar  
Philipp-Müller-Straße 14  
23966 Wismar  
Tel +49 3841 753 75 17  
Fax +49 3841 753 71 31  
office@ostinstitut.de  
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751

<sup>10</sup> [http://www.osteuropaverein.org/media/1903/151102\\_einladung\\_owt.pdf](http://www.osteuropaverein.org/media/1903/151102_einladung_owt.pdf).

<sup>11</sup> <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/10/29-belarus/>.